

## 1.

# Die Arbeiten des internationalen Kongresses für Gefängniswesen in Rom, 1885.

Von Dr. Paul Köhne, Gerichts-Professor.

Ein kurzer Bericht über die Bedeutung des römischen Kongresses, den Gang seiner Verhandlungen und den Wortlaut der gefaßten Beschlüsse aus der Feder eines seiner bedeutendsten Mitglieder, des Prof. Goos aus Kopenhagen, befindet sich schon im sechsten Bande dieser Zeitschrift S. 605 ff. Nunmehr sind die Akten des Kongresses erschienen<sup>1)</sup>, und es ist somit die Möglichkeit einer ausführlichen Würdigung seiner Arbeiten gegeben. Den Lesern ist aus dem erwähnten Bericht bereits bekannt, daß der Kongreß sich nicht auf die Erörterung von Problemen des Gefängniswesens beschränkt, sondern die gesamte Strafrechtswissenschaft in den Kreis seiner Beratungen gezogen, mithin objektiv ein dieser Zeitschrift adäquates Programm gehabt hat. Es dürfte daher von Interesse sein, eine genauere Darstellung der Kongreßarbeiten zu geben, ihren Wert unter Vergleichung verschiedener Gesetzgebungen, und ihre Verwendbarkeit für Deutschland zu prüfen. Wird es auch unmöglich sein, sämtliche auf dem Kongresse verhandelten Fragen einer eingehenden Besprechung zu unterziehen, so sollen doch die wesentlicheren in aufeinanderfolgenden Heften dieser Zeitschrift Berücksichtigung finden.

## I.

## Die Stellung der Ehrenstrafen im modernen Strafmitteleystem<sup>2)</sup>.

Dem Kongresse lag die Frage vor: *L'interdiction à temps de certains droits civils ou politiques est-elle compatible*

<sup>1)</sup> Actes du Congrès pénitentiaire international de Rome. Novembre 1885. Publié par les soins du Comité exécutif. Tome I. Rome 1887. Tome II. Rome 1888.

<sup>2)</sup> Vgl. a. a. O. Bd. I. S. 61—97. 576—578. 745.

avec un système pénitentiaire réformateur? Die Frage ist von der internationalen Gefängniscommission gestellt und hat nach den von ihrem Bureau ausgearbeiteten Motiven den Zweck „de mettre la législation pénale en harmonie avec le but que se propose l'éducation pénitentiaire“. Es sollte erörtert werden, wann die vollständige Rehabilitation des Verurteilten möglich, und ob der Zeitpunkt der Rehabilitation vom Richter im voraus zu bestimmen oder von dem Verhalten des Verurteilten während der Zeit der vorläufigen Entlassung abhängig zu machen sei<sup>3)</sup>.

Dem Kongreß wurden zwei Gutachten über das gedachte Problem erstattet, das eine von László (Pest), das andre von Pols (Utrecht).

László führt aus, daß die Frage so, wie sie gestellt sei, eigentlich verneint werden müsse, da durch die Aberkennung bürgerlicher Rechte eine Besserung der Delinquenten regelmäßig nicht erzielt werden könne, die Wirkung einer solchen Aberkennung auch meist im voraus gar nicht bestimmbar sei; wenn nichtsdestoweniger fast alle Gesetzgebungen Ehrenstrafen in ihr System aufgenommen haben, so sei dies infolge einer unabweisbaren Forderung des öffentlichen Rechtsbewußtseins geschehen. Solche Strafen dürften jedoch nicht für jedes schwere Verbrechen, sondern nur dann verhängt werden, wenn ein Mißbrauch der aberkannten Rechte zu befürchten resp. auf einen ehrenwerten Gebrauch derselben nicht mehr zu rechnen sei. Die Aberkennung müsse auch auf das Gebiet des öffentlichen Rechts beschränkt, von dem des privaten ausgeschlossen bleiben. Die Dauer, für welche der Verurteilte der aberkannten Rechte entkleidet sein solle, sei im Urteil festzusetzen. László faßt seine Ansicht dahin zusammen, daß die zeitige Aberkennung bürgerlicher und politischer Rechte als Nebenstrafe mit dem Besserungszweck nicht gerade unvereinbar, aber anderseits ein unzweifelhaftes Postulat der öffentlichen Moral sei.

Der zweite Gutachter, Pols, ist der Ansicht, daß die Aberkennung an sich dem Besserungszweck nicht diene, er weist auch darauf als einen Mangel hin, daß sie häufig von schweren Staatslasten (z. B. der Militärpflicht) befreie; dennoch hält er Ehrenstrafen für unabweisbar. Nur dürften sie nicht lediglich aus dem Gesicht-

<sup>3)</sup> Vgl. Bulletin de la Commission pénitentiaire internationale. Rome et Neuchâtel. Janvier 1883 No. 2 S. 80 f.

punkt der Repression, sondern zugleich aus demjenigen der Prävention im öffentlichen Interesse verhängt werden. Pola kommt zu dem Schlusse, daß die Aberkennung mit einem auf Besserung gerichteten Strafsystem vereinbar sei unter der Bedingung, daß sie nur den Charakter einer Nebenstrafe habe, nur dann in Anwendung komme, wenn ein Mißbrauch der aberkannten Rechte zu befürchten und, sofern nicht die Hauptstrafe eine lebenslängliche ist, nur auf bestimmte Zeit verhängt werde.

Bei der Diskussion der Frage in der ersten Sektion behauptete ein Redner die absolute Unvereinbarkeit der Aberkennung bürgerlicher Rechte mit einem auf Besserung zielenden Strafsystem. Es war dies der Vertreter der allgemeinen Gefängnisgesellschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herr Milligan. Sonst herrschte über die Notwendigkeit von Ehrenstrafen völlige Übereinstimmung. Allerdings aus verschiedenen Gesichtspunkten; während einige Redner dieselben für an sich vorzügliche Strafen hielten, bezeichneten andre sie als im öffentlichen Interesse gebotene notwendige Übel, welche nicht geeignet seien, eine moralische Regeneration des Verbrechers zu bewirken.

Noch größere Meinungsverschiedenheiten bestanden über die Frage, ob die Aberkennung bürgerlicher und politischer Rechte nur als Neben- oder auch als Hauptstrafe zuzulassen sei. Während beide Referenten sich, wie schon erwähnt, für die erste Alternative erklärt hatten, war die Majorität der Redner, unter ihnen auch v. Holzendorff, entgegengegesetzter Ansicht. Es wurde behauptet, daß die Aberkennung alle Eigenschaften besitze, welche man von einer prinzipiell, unter Umständen mit Ausschluß jeder andern zu verhängenden Strafe beanspruchen könne. Holzendorff erwähnte beispielsweise, daß Entziehung des Seemannspatentes eine geeignete Strafe für den Schiffer bilde, der Havarie herbeigeführt hat, daß Eisenbahnbeamte für Versehen im Beruf durch die Aberkennung des Rechts zur ferneren Ausübung desselben oft genügend bestraft würden.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich sodann über die Frage, ob die Aberkennung der Ehrenrechte, abgesehen von dem Fall einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe, lebenslänglich oder nur auf Zeit geschehen dürfe. Während erstres aus dem Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses vertreten wurde, welches nicht zulasse, daß Zuchthäusler die höchsten politischen Ehrenrechte ausüben, wurde für letzteres auf das Ziel der Besserung des Delinquenten und auf den

fühnenden Charakter der Strafe hingewiesen. Diese Ansicht, welche auch von den Referenten vertreten war, behielt die Majorität, und die Sektion einigte sich auf folgende, von der Generalversammlung angenommene Resolution: La peine de l'interdiction est compatible avec un système pénitentiaire réformateur, à condition qu'elle ne soit appliquée que quand le fait spécial qui entraîne la condamnation justifie la crainte d'un abus du droit, au préjudice soit d'intérêts publics, soit d'intérêts privés légitimes, et ne soit infligée que pour un temps déterminé, hors le cas où la peine principale est perpétuelle.

Die Frage, auf welche vorstehende Resolution die Antwort bildet, ist nicht ganz glücklich gefaßt. Zunächst erweckt sie den Anschein, als sei unbestritten der Besserungszweck der vornehmlichste unter den Strafzwecken. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die zur Rechtfertigung der Fragestellung von der internationalen Kommission mitgeteilte Motivierung, daß es sich darum handle, die Strafgesetzgebung mit den Zielen, welche sich die Gefängniserziehung setze, in Übereinstimmung zu bringen. So sehr nun auch im übrigen die Ansichten über Zweck und Grund der Strafe auseinandergehen, so wird doch kaum bestritten werden können, daß die Gefängniserziehung und deren Erleichterung nicht für die Gestaltung der Strafmittel als allein oder auch nur in erster Reihe maßgeblich erachtet werden kann. Es ist ja selbstverständlich, daß der Besserungszweck von hervorragender Wichtigkeit ist, und daß eine Strafe, welche diesen Zweck vereitelt, nur zulässig erscheint, wenn sie aus andern bringenden Gründen des Staatswohls geboten ist; allein völlig ausgeschlossen ist eine mit dem Besserungszweck unvereinbare Strafe nicht; die Todesstrafe ist hierfür das naheliegendste Beispiel.

Eine weitere ungerechtfertigte Beschränkung der dem Kongresse unterbreiteten Frage liegt in den Worten „à temps“. Der Kongreß hat aber bei den Diskussionen die ihm hierdurch gesetzten Schranken fortwährend übersprungen und, wie bereits erwähnt, ausföhrlich auch die Frage erwogen, ob die Aberkennung von Ehrenrechten auf Lebenszeit statthaft erscheine.

In einem andern Punkte ist die französische Terminologie des Kongresses der deutschen vorzuziehen, nämlich insofern, als sie von einer interdiction de droits civils ou politiques dort spricht, wo wir das Wort „Ehrenstrafen“ gebrauchen.

Zur Rechtfertigung des vorstehenden Satzes bedarf es einer kurzen Erörterung über das Wesen der Ehre im allgemeinen und der bürgerlichen Ehre insbesondre<sup>4)</sup>.

Unter Ehre verstehen wir die Summe derjenigen Eigenschaften, welche nach den herrschenden Sittlichkeitsbegriffen das Attribut eines tüchtigen, dem Gemeinwesen förderlichen Menschen sind. Das Bewußtsein, diese Eigenschaften zu besitzen, der Wunsch, sie zu hüten, auszubilden und anerkannt zu wissen, ist das Ehrgefühl eines Menschen. Das Ehrgefühl ist somit eine Erscheinungsform des Selbstgefühls und Selbstbewußtseins<sup>5)</sup>. Wie aber letzteres nur möglich ist durch eine bewusste oder unbewusste Vergleichung der eignen mit fremden Persönlichkeiten, so erhebt sich das Ehrgefühl über die Selbstehre hinaus zu dem Wunsche, dem Streben, ja unter Umständen dem Lebensbedürfnis, von andern dem eignen Werte entsprechend anerkannt und geschätzt zu werden. Neben die Selbstehre als einen rein innerlichen Vorgang tritt die äußere Ehre, welche dem Geehrten von seiten seiner Nebenmenschen zu teil wird. Diese äußere Ehre ist in gewissen Grenzen für den Ehrliebenden eine Notwendigkeit, weil er kein isoliertes Geschöpf ist, sondern als *ζῶον πολιτικόν* den besten Teil seiner Kraft und seines Wesens aus der Gemeinschaft mit andern zieht. Da nun die Gesamtheit der Individuen nicht eine einzelne Gemeinschaft bildet, sondern mannigfaltig gegliedert ist, da jeder Mensch der Mittelpunkt einer Reihe konzentrischer Kreise ist, welche, ausgehend von der Familie, zum Stande, zur Gesellschaft, zum Staat und endlich zur Menschheit führen, so hat auch die Ehre mannigfaltige Formen als Familienehre, Standesehre, bürgerliche Ehre und Menschenehre. Und in allen diesen Formen bewahrt sie ihre beiden Seiten, die subjektive und objektive. Als Selbstehre verlangt sie das innerliche Bewußtsein, den Ansprüchen, welche an ihren Träger in jeder Gemeinschaft gestellt werden, nach der sittlichen Seite hin zu genügen, als äußere Ehre verlangt sie

<sup>4)</sup> Vgl. Lazarus „Das Leben der Seele in Monographien über seine Erscheinungen und Gesetze.“ 2. Aufl. Bd. 1, S. 127–228; Marejoli „Die bürgerliche Ehre.“ Gießen 1824; Köllner „Das Verhältnis der Strafgesetzgebung zur Ehre der Staatsbürger.“ Frankfurt a. M. 1846; Wahlberg „Die Ehrenfolgen der strafgerichtlichen Verurteilung. Ein Beitrag zur Reform des Strafsystems.“ Wien 1864. Insbes. S. 36 ff.; Kethjwisch „Über den Wert der Ehrenstrafen.“ Berlin 1876, u. f. w.

<sup>5)</sup> Vgl. Lazarus a. a. D. S. 131.

Anerkenntnis dieser sittlichen Tüchtigkeit ihres Trägers seitens der andern Gemeinschaftsglieder.

Aus vorstehendem ergibt sich der Begriff der bürgerlichen Ehre.

Die bürgerliche Ehre, subjektiv betrachtet, ist der Inbegriff derjenigen Eigenschaften, welche die Pflichterfüllung des Menschen in seiner spezifischen Stellung als Staatsbürger voraussetzen. Die Anerkennung dieser Eigenschaften seitens des Staates bildet die bürgerliche Ehre im objektiven Sinne. Das Vorhandensein der bürgerlichen Ehre wird bei jedem Menschen vorausgesetzt, bis das Gegenteil in gerichtlicher Verhandlung erwiesen ist. Nicht jeder Verstoß gegen die Vorschriften des Staates, nicht jede Verletzung der diesem gegenüber gebotenen Pflichten, mag sie auch die gesellschaftliche Wertschätzung des Fehlenden beeinträchtigen, raubt diesem schon die bürgerliche Ehre, setzt ihn so weit in den Augen der Staatsordnung herab, daß eine Scheidelinie zwischen ihm und den andern Bürgern gezogen wird.

Wem die bürgerliche Ehre abgesprochen ist, der geht damit gewisser Rechte verlustig, welche an deren Besitz geknüpft sind. Welche Rechte dies im einzelnen sind, kann nicht theoretisch, sondern nur auf Grund einer speziellen Gesetzgebung beantwortet werden. Der Begriff der bürgerlichen Ehrenrechte ist positiven Rechtes.

Neben der pönalen Rechtsminderung kann der Verlust der bürgerlichen Ehre auch durch beschämende Strafen zum Ausdruck gebracht werden. Diese nahmen in den früheren Strafgesetzgebungen einen überaus breiten Raum ein, sind aber mehr und mehr zurückgedrängt und jetzt fast verschwunden. Die öffentliche Urteilspublication in Fällen, wo sie durch das Interesse des Verletzten nicht geboten ist, ist so ziemlich ihr letzter Überrest<sup>6)</sup>.

Das römische Recht, ebenso wie das altdeutsche, kannten eine pönale Aberkennung aller derjenigen Rechte, welche aus der Zugehörigkeit des einzelnen zu einem staatlichen Gemeinwesen folgen, erstres in der *capitis diminutio maxima*, letztes in der Friedlosigkeit. In beiden Rechten gab es dann mannigfaltige Abstufungen pönaler Rechtsminderung auf dem Gebiete des öffentlichen sowie des privaten Rechts.

Die Entziehung aller Rechtsfähigkeit kommt im Strafrecht mo-

<sup>6)</sup> Über eine andre beschämende Strafe des französischen Rechts vgl. unten S. 452.

derer Völker nicht mehr vor; Beschränkungen sind immer vereinzelter geworden. Nach der Reichsgesetzgebung (R. St. G. B. §§ 33 bis 35) begreifen die bürgerlichen Ehrenrechte das Recht:

1. die Landeskostarde zu tragen;
2. in das deutsche Heer oder die kaiserliche Marine einzutreten;
3. öffentliche Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen zu erlangen und zu führen;
4. in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen, zu wählen oder gewählt zu werden oder politische Rechte auszuüben;
5. Zeuge bei Aufnahme von Urkunden zu sein;
6. Vormund, Nebenvormund, Kurator, gerichtlicher Beistand oder Mitglied eines Familienrats zu sein, es sei denn, daß es sich um Verwandte absteigender Linie handle und die obervormundschaftliche Behörde oder der Familienrat die Genehmigung erteile.

Die bürgerliche Ehre wird nur durch eine Entziehung der gedachten Rechte im Strafverfahren berührt.

Sie wird vernichtet, sofern die sämtlichen vorstehend erwähnten Rechte, die bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt aberkannt werden. Sie wird gemindert durch jede Verurteilung zu Zuchthausstrafe, da solche die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter und zum Dienst im Heer und in der Marine von Rechts wegen zur Folge hat, sodann wenn neben einer Gefängnisstrafe auf zeitweise Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter richterlicherseits erkannt ist, oder wenn neben der Festungshaft der Verlust bekleideter öffentlicher Ämter und der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte ausgesprochen wird (§§ 31, 35, 81, 83, 84, 87—91, 94—95 St. G. B.).

Durch strafgerichtliche Verurteilung können aber noch andre Rechtsminderungen herbeigeführt werden, welche nach der deutschen, und auch logisch gerechtfertigten Terminologie als Minderung von Ehrenrechten nicht zu betrachten sind und dennoch ihre Quelle in der staatsbürgerlichen Natur des Menschen haben. Dahin gehört z. B. die Unterjagung der Ausübung gewisser Gewerbe. Diese Rechtsminderungen zerfallen in 3 Gruppen, von welchen nur eine pönaler Natur ist. Die erste Gruppe wird gebildet von Konzeptionsentziehungen, Pensionsentziehungen, disziplinaren Abundungen, soweit solche im Gefolge von Kriminalstrafen eintreten. Diese sind Konsequenzen der *lex contractus*, auf Grund deren



das Amt, die Pension, die Gewerberechtigung erteilt ist und liegen dem Strafrecht völlig fern<sup>7)</sup>. In die zweite Gruppe gehören die Rechtsverwirkungen d. h. Schmälerungen, welche nicht einen Strafzweck haben, sondern gewisse Kreise von bescholtenen Personen rein halten sollen oder auch nur als Zivil- und Ordnungsstrafen sich charakterisieren. Die dritte Gruppe endlich besteht aus Rechtsentziehungen, welche lediglich einen Strafzweck haben, d. h. wie jede Strafe ein Übel enthalten, das wegen der begangenen That den Delinquenten zu treffen hat. Es leuchtet ein, daß die Grenze zwischen der zweiten und dritten Gruppe schwer zu ziehen ist und zwar deshalb, weil sowohl durch die Rechtsverwirkungen als auch durch die Strafe (was später zu beweisen) nur Rechtsgüterschutz bezweckt wird, also mit gleichen Mitteln ähnliche Zwecke, aber aus verschiedenen Gesichtspunkten verfolgt werden. Für die Ausübung gewisser Rechte, für die Ausfüllung von öffentlichen Ämtern und Stellungen kann eine bestimmte geistige und moralische Qualifikation, also auch Unbescholtenheit als Vorbedingung gefordert werden. Geht letztre verloren, so muß das Recht oder Amt selbst, sowie die Fähigkeit zu dessen Erlangung entzogen werden, nicht zur Strafe, sondern eben wegen Mangels der Qualifikation (Rechtsverwirkung). Die gleichen Rechte und die Fähigkeit zu ihrer Ausübung können aber auch zur Strafe wegen eines Delikts abgesprochen werden; dies ist nicht Rechtsverwirkung, sondern kriminelle Aberkennung. Letztre ist an zwei Kennzeichen deutlich von der Verwirkung zu unterscheiden<sup>8)</sup>. Als Strafe hat sie stets zu gelten, sowohl wenn sie vom Strafrichter im strafgerichtlichen Verfahren verhängt wird, als auch dann, wenn sie in einem Strafgesetz angedroht ist. Sofern in ein Strafgesetzbuch, z. B. die Androhung von Rechtsentziehungen aufgenommen ist, ist dies stets aus dem Gesichtspunkt der Strafe geschehen, da ja erstres

<sup>7)</sup> Vgl. Reichsgerichts-Entscheidungen in Zivilsachen Bd. 2, S. 66 ff.

<sup>8)</sup> Binding „Handbuch des Strafrechts“ Bd. 1, S. 327 will in jedem Falle die Motive der Rechtsentziehung untersuchen und danach die Qualifikation der letzteren als Verwirkung oder Kriminalstrafe bestimmen. Dem kann nicht beigegeben werden, da Motive, gedruckte wie aus dem Zusammenhang ersichtliche, nicht den Wert eines authentischen Interpretationsmittels beanspruchen können. Auf S. 328, Anm. 14 stellt Binding die verschiedensten Rechtsnachteile als „Rechtsverwirkungen“ zusammen und zwar auch solche, bei welchen seine eignen Ausführungen im Texte die Frage sehr zweifelhaft erscheinen lassen, ob er sie nicht als Strafen rubrizieren müßte.



keinen Anlaß hat, mit der zu Ämtern und Diensten erforderlichen Qualifikation, mit Zeugnissfähigkeit u. dergl. m. sich zu beschäftigen. Wenn solche Rechtsentziehungen sich dagegen in Spezialgesetzen ohne strafrechtlichen Charakter finden, also z. B. die Fähigkeit als Zeuge zu fungieren in der Strafprozeßordnung, Vormund zu sein in der Vormundschaftsordnung bestraften Personen abgesprochen wird, so haben solche Schmälerungen den Charakter von Verwirkungen.

Es ändert an der Strafnatur gewisser Rechtsentziehungen übrigens nichts, ob sie ausdrücklich verhängt werden oder notwendige Rechtsfolgen gewisser Verurteilungen bilden, sofern sie im Strafgesetzbuch angedroht sind.

Aus vorstehendem ergibt sich, daß es nicht gerechtfertigt ist, nur den Verlust bürgerlicher Ehrenrechte der Betrachtung zu Grunde zu legen, daß es sich vielmehr empfiehlt, den Wert krimineller Ab-erkennung bürgerlicher und politischer Rechte überhaupt zu prüfen.

Nach deutschem Recht gehören dahin noch die folgenden Rechtsminderungen: die bei Verurteilung wegen Meineids auszusprechende dauernde Unfähigkeit als Zeuge oder Sachverständiger eiblich genommen zu werden (§ 161 Str. G. B.); die nach § 319 Str. G. B. auszusprechende Unfähigkeit zur Beschäftigung im Eisenbahn- und Telegraphendienste; die nach § 23 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie statthafte Unterjagung gewisser Gewerbebetriebe, sofern dieselbe vom Strafrichter erfolgt; das im Falle von Defraudationen auszusprechende Verbot der Zuckerfabrikation (§ 53 Gef. v. 9. Juli 1887); das entsprechende Verbot zur Ausübung des Brennereigewerbes in § 30 des Gesetzes vom 24. Juni 1887; das Verbot der eignen Verwaltung eines Salzwerkes (§ 14 Gef. v. 12. Oktober 1867). Nicht hierher gehört dagegen die Entziehung des Seemannspatentes auf Grund des § 26, Gesetz vom 27. Juli 1877, welche nach dessen Wortlaut wegen Mangels der zur Ausübung des Gewerbes erforderlichen Eigenschaften erfolgt, ebenso wenig die Entziehung der Befugnis zur Notenausgabe nach § 50 des Bankgesetzes vom 14. März 1875, da juristische Personen nicht kriminell bestraft werden können. Ferner gehört nicht hierher die Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, die Zulässigkeit von Aufenthaltsbeschränkungen, wie sie partikularrechtlich allen Bestraften gegenüber besteht und nach § 22 des Sozialistengesetzes verhängt werden kann; denn durch diese werden nicht Rechte zur Strafe entzogen, sondern es wird der Verwaltungsbehörde eine über ihre gesetzlichen Macht-

befugnisse hinausgehende Gewalt gegeben. Es gehört ferner nicht hierher die Konfiskation, da sie die Rechtsfähigkeit nicht beschränkt und eine ökonomische, nicht eine juristische Minderung der Persönlichkeit des Delinquenten bedeutet. Endlich ist auch die Expatriierung auszuscheiden, da sie nicht als Entziehung bürgerlicher Rechte, sondern als Vernichtung der staatsbürgerlichen Persönlichkeit aufzufassen ist.

Es ergibt sich aus den bisherigen Erörterungen, daß das deutsche Recht kriminelle Rechtsminderungen nur als Nebenstrafen, aber sowohl als lebenslängliche wie als zeitige kennt.

Beschämende Strafe ist in vereinzeltten Fällen die Urteils publikation, so z. B. nach § 16 des Gef. betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln u. f. w. vom 14. Mai 1879. Nach der angezogenen Bestimmung kann in dem wegen eines der im Gesetz angedrohten Delikte ergehenden Urteil oder Strafbefehl angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen sei. Soweit das Recht der Urteils publikation dem Verletzten gegeben ist (§ 200 Str. Gef. B.; § 17 Gef. über den Markenschutz v. 30. Nov. 1874; § 35 des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877) ist dasselbe nicht als beschämende Strafe, sondern als Genugthuung oder Mittel zur Rehabilitation des letzteren zu erachten.

Bevor nun die Berechtigung der Ehrenstrafen und sonstigen Rechtsminderungen näherer Beleuchtung unterzogen wird, mag eine kurze Übersicht über die wichtigsten diese Materie betreffenden ausländischen Gesetzgebungen vorausgeschickt werden.

Das österreichische Recht kennt Rechtsminderungen infolge krimineller Verurteilung bis auf eine noch zu erwähnende Ausnahme nur als Nebenstrafen und nur als zeitige (Str. Gef. B. vom 27. Mai 1852 §§ 26, 27, 30, 242; Gef. v. 15. November 1867 §§ 5—8). Der Verlust gewisser Ehrenrechte ist nicht die Folge einer Verurteilung zu bestimmten Strafen, sondern wegen bestimmter Delikte, nämlich wegen irgend eines Verbrechens sowie wegen der Vergehen des Diebstahls, der Veruntreuung, Teilnahme daran und des Betruges (§ 6 Gef. v. 15. Nov. 1867). Mit jeder Verurteilung wegen der genannten Delikte sind kraft Gesetzes folgende Wirkungen verbunden:

1. Verlust aller in- und ausländischen Orden und Ehrenzeichen.
2. Verlust aller öffentlichen Titel, Grade, Würden.

3. Ausschließung von der verantwortlichen Redaktion periodischer Druckschriften;
4. Verlust jedes öffentlichen Amtes und Dienstes mit Einschluß des Lehramts;
5. Entziehung von der Pfründe bei Geistlichen;
6. Verlust des Richteramts, der Advokatur- und Notariatsbefähigung, der öffentlichen Agentien und jeder Parteienvertretung vor den öffentlichen Behörden;
7. Entziehung aller auf die Pensionsvorschriften gegründeten Pensionen, Provisionen, Erziehungsbeiträge oder sonstige Bezüge sowie aller Gnadengaben;
8. Verlust des Adels, welcher aber nur den Verurteilten, nicht seine Ehefrau, noch die vor der Verurteilung erzeugten Kinder trifft;
9. Verlust der aktiven und passiven Wahlfähigkeit.

Die Unfähigkeit, obige Rechte und Auszeichnungen neu zu erlangen, ist eine zeitige; sie endet bei einigen Delikten mit dem Ende der Hauptstrafe, bei andern überdauert sie die letzere um 3, um 5 und höchstens um 10 Jahre. Verlust oder Beschränkung privater Handlungsfähigkeit des Verurteilten findet nicht mehr statt. Als Haupt- und Nebenstrafe, auf Zeit und lebenslänglich kennt das österreichische Recht den Verlust des Rechts auf Ausübung gewisser im Interesse der Allgemeinheit zu verwaltenden Gewerbe und Berufsarten, wie z. B. des ärztlichen (§§ 242, 356, 498 Str. Ges. B.)

Das ungarische Recht kennt Rechtsminderungen infolge krimineller Verurteilung nur als Nebenstrafen und zwar regelmäßig als zeitige (Ungar. Str. G. B. über Verbrechen und Vergehen von 1877 §§ 55–60, 291, 442; Str. G. B. über Übertretungen § 85; Ungar. Wuchergesetz vom 27. April 1883).

Bei Verurteilung wegen gewisser im Gesetz bestimmter Delikte ist neben der Freiheitsstrafe der Amtsverlust und die zeitweilige Entziehung der politischen Rechte zusammen oder einzeln im Urteil auszusprechen. Der zum Amtsverlust Verurteilte verliert:

1. Die im Wege der Ernennung oder Wahl erlangte öffentliche Amts- oder Dienstesstellung; ferner die auf Grund einer behördlichen Bestätigung bekleidete Amts-, Dienstes- oder sonstige Stellung und die hiermit verbundenen Pensionsansprüche bezw. die Pension oder den Gnadengehalt;

2. die Stellung als Advokat, öffentlicher Notar, öffentlicher Professor oder öffentlicher Lehrer;
3. die ihm übertragene Vormundschaft oder Kuratel;
4. die auf Erben nicht übergehenden öffentlichen Titel, inländischen Ordens- und Ehrenzeichen, sowie die Berechtigung zum Tragen ausländischer Orden und Ehrenzeichen;
5. die Fähigkeit zur Erlangung der erwähnten Ämter, Dienste und Auszeichnungen während der im Gesetz resp. Urteil bestimmten Zeit.

Die Entziehung der politischen Rechte hat zur Folge, daß der hierzu Verurteilte

1. Mitglied des Reichstags oder einer Municipal- oder Gemeinde-Repräsentanz nicht sein kann;
2. Mitglied des Geschworenengerichts nicht sein kann;
3. bei Reichstags-, Municipal- oder Gemeindevahlen kein Wahlrecht besitzt.

Die Unfähigkeit, obige Rechte und Auszeichnungen neu zu erlangen, ist eine zeitige; sie dauert bei Vergehen 1—3, bei Verbrechen 3—10 Jahre über die Hauptstrafe hinaus.

Die Unterjagung der Ausübung gewisser Berufe ist als zeitige und lebenslängliche Nebenstrafe zulässig; auch kann in gewissen Fällen die abermalige Gestattung der Ausübung von einer Prüfung oder einem andern Nachweise über den Erwerb der entsprechenden Befähigung abhängig gemacht werden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn der Tod eines Menschen durch Unkenntnis oder Nachlässigkeit des Thäters in seinem Berufe oder Außerachtlassung der bestehenden Vorschriften herbeigeführt wird (§ 291 Str. Ges. B. v. 1877; vgl. auch § 442 *ibid.* und § 85 des St. Ges. B. über Übertretungen.)

Die französische Gesetzgebung kennt Rechtsminderungen infolge von Kriminalstrafen sowohl auf dem Gebiete des öffentlichen als dem des Privatrechts; sie kennt sie als Haupt- und Nebenstrafe.

Die umfassendste Ehrenstrafe ist die *dégradation civique* (Art. 34 *code pénal*). Sie hat zur Folge:

1. die Unfähigkeit, zur Bekleidung und zum Erwerb aller öffentlichen Ämter und Stellungen;
2. den Verlust der aktiven und passiven Wahlfähigkeit, aller politischen Rechte und des Rechts, Orden und Ehrenzeichen zu tragen;

3. die Unfähigkeit als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vor Gericht vernommen zu werden oder als Urkundszeuge zu fungieren;
4. die Unfähigkeit, an einem Familienrat teilzunehmen, sowie Vormund, Kurator, Waisenrat zu sein, soweit es sich nicht um die eignen Kinder handelt und alle andern Familienmitglieder zustimmen;
5. die Unfähigkeit, Waffen zu tragen, der Nationalgarde anzugehören, in der französischen Armee zu dienen, eine Schule zu halten, an irgend einem Unterrichtsinstitut zu lehren oder eine Aufseherstelle anzunehmen.

Die bürgerliche Degradation wird als Haupt- oder Nebenstrafe und zwar auf Lebenszeit verhängt und begreift stets den Verlust der sämtlichen vorgedachten Rechte.

Die letztern können ferner zusammen oder auch teilweise anerkannt werden neben Korrekptionsstrafen, sofern dies im Gesetz bei den einzelnen Delikten besonders verordnet ist (Art. 42 C. p.). Dann darf aber die Aberkennung, welche hier den Charakter der Nebenstrafe hat, nur auf Zeit geschehen. Die Entziehung einzelner politischer Rechte ist auch noch an andern Stellen vorgeschrieben, so z. B. kann nach Art. 109 ff. C. p. bei gewissen Delikten in Beziehung auf die Ausübung bürgerlicher Rechte zeitweise Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts als Nebenstrafe verhängt werden. Bei einigen Sittlichkeitsdelikten ist zeitweilige Unfähigkeit zum Amt eines Vormunds, Kurators und Familienratsmitglieds, event. auch zur Ausübung elterlicher Rechte als Nebenstrafe auszusprechen (Art. 335 C. p.). Gewisse Ehrenrechte können auch bei wiederholter Verurteilung wegen Trunkenheit entzogen werden (L. du 23 janvier 1873).

Während diese Rechtsminderungen im wesentlichen nur das Gebiet des öffentlichen Rechts berühren, bestimmt ein Gesetz vom 31. Mai 1854 eine bedeutsame Schmälerung privatrechtlicher Natur. Es ist daselbst vorgeschrieben, daß jeder, der zu schwerer lebenslänglicher Kriminalstrafe verurteilt ist, das Recht verliert, über sein Vermögen unter Lebenden und von Todes wegen zu verfügen; daß er unfähig wird, irgend etwas außer zur Alimentation zu erwerben, daß alle vor seiner rechtskräftigen Verurteilung von ihm gemachten Testamente nichtig sind. Die Regierung kann den Verurteilten von allen oder einzelnen dieser Rechtsnachteile befreien.

Ist die Verurteilung keine lebenslängliche, so verliert der Verurteilte für die Dauer der Strafzeit das Recht, sein Vermögen zu verwalten und über dasselbe zu verfügen; es wird ihm zum Zwecke der Vermögensverwaltung ein Kurator gestellt (Art. 29—31 C. p.).

Das franz. Recht kennt auch noch lediglich beschämende Strafen. Bei gewissen Unredlichkeiten im Verkehr mit Lebensmitteln kann die Verurteilung des Schuldigen in jeder vom Gericht für angemessen gehaltenen Weise angeordnet und etwa beschlagnahmte Gegenstände vor dem Geschäftslokal des Verurteilten auf richterliche Anordnung vernichtet werden. (Loi du 10—19—27 mars, 1 avril 1851 art. 5. u. 6.).

Das belgische Strafrecht (Str. Ges. B. v. 1867 Art. 19, 31 bis 34, 378, 457, 502) kennt Rechtsminderungen nur als Nebenstrafen, aber sowohl als zeitige wie als lebenslängliche. Urteile, durch welche gewisse schwere Strafen (Todesstrafe, travaux forcés, détention perpétuelle ou extraordinaire und réclusion) verhängt werden, sollen gleichzeitig aussprechen, daß der Verurteilte der von ihm bekleideten Titel, Grade, öffentlichen Ämter und Stellungen verlustig gehe. Das Gericht kann dieselbe Folge auch an die Verurteilung zur détention ordinaire knüpfen.

Bei Verurteilungen zur Todesstrafe und zu Zwangsarbeit soll dem Delinquenten auf Lebenszeit das Recht abgesprochen werden:

1. öffentliche Ämter und Stellungen zu bekleiden;
2. wählen und gewählt zu werden;
3. Orden und Ordensprädikate zu führen;
4. Geschworne, Sachverständiger, Instrumentenzeuge zu sein, eidlich vor Gericht vernommen zu werden;
5. Mitglied eines Familienrats, Vormund oder Kurator außer über eigne Kinder unter Zustimmung der ganzen Familie zu sein, sowie die Funktionen als gerichtlicher Ratgeber oder Verwalter zu erfüllen;
6. Waffen zu tragen, in der Bürgergarde oder in der Armee zu dienen.

Die Gerichte können die vorstehenden Rechte einzeln oder insgesamt, auf Lebenszeit oder für 10—20 Jahre bei jeder Verurteilung zur réclusion oder détention, und auf 5—10 Jahre bei Verurteilung zu korrekzionellen Strafen aberkennen. Die gedachten Fristen beginnen mit der Verbüßung oder Verjährung der Hauptstrafe.

Bei gewissen Sittlichkeitsdelikten werden die elterlichen Rechte aberkannt (Art. 378, 382).

Entziehung der Gewerbeberechtigung ist wegen Nahrungsmittelfälschung, aber ebenfalls nur als Nebenstrafe zulässig.

Das niederländische Strafgesetzbuch vom 3. März 1881 (Art. 9, 28—31, 105, 157—176) kennt Rechtsminderungen nur als Nebenstrafen und zwar, abgesehen von dem Falle lebenslänglicher Freiheitsstrafe, nur für einen die Hauptstrafe um höchstens 5 Jahre übersteigenden Zeitraum. Die Entziehung von Rechten ist niemals obligatorisch; sie kann vom Richter bei Verurteilung wegen gewisser theils speziell, theils generell bestimmter Delikte ausgesprochen werden. Aberkannt werden kann das Recht:

1. Ämter oder gewisse Ämter zu bekleiden;
2. im Heere zu dienen;
3. wählen und gewählt zu werden bei Wahlen, welche kraft gesetzlicher Vorschrift ausgeschrieben sind;
4. Ratgeber oder gerichtlicher Verwalter, Vormund, Nebenvormund, Kurator oder Nebenkurator über andre als die eignen Kinder zu sein;
5. die väterliche Gewalt, Vormundschaft und Kuratel über die eignen Kinder ausüben;
6. bestimmte Berufsarten auszuüben. Es kann die Ausübung jedes beliebigen Berufes untersagt werden, wenn im Urteil festgestellt wird, daß bei Ausübung desselben gewisse im Gesetz speziell aufgeführte (Art. 109, 157—176) Delikte begangen sind.

Das sardinische, im größten Teile von Italien geltende Strafgesetzbuch von 1859 kennt Rechtsminderungen als Haupt- und als Nebenstrafen, als zeitige und lebenslängliche, auf dem Gebiete des öffentlichen und des privaten Rechts. Dasselbe unterscheidet infamierende von nicht infamierenden Strafen. Als erstere gelten die Todesstrafe, lebenslängliche Zwangsarbeit und zeitige Zwangsarbeit, wenn sie verhängt wird wegen Straßenraubes, Erpressung, Raubes, Diebstahls, gewisser Fälschungen, falschen Zeugnisses, Verleumdung. Die Verurteilung zu infamierenden Strafen zieht die Unfähigkeit zu öffentlichen Ämtern (*interdizione dai pubblici uffici*), sowie die Unfähigkeit, als Zeuge und Sachverständiger eidlich vernommen zu werden und das Verbot des Waffentragens nach sich (Art. 24, 25). Die Unfähigkeit zu öffentlichen Ämtern umfaßt:



1. den lebenslänglichen Ausschluß vom aktiven und passiven Wahlrecht, sowie von allen sonstigen politischen Rechten;
2. den lebenslänglichen Ausschluß von allen öffentlichen Ämtern und Stellungen;
3. die Entziehung aller kirchlichen Benefizien;
4. den Verlust aller Orden, Ehrenzeichen, Titel, Grade und Würden;
5. die Unfähigkeit, Vormund und Kurator zu sein und an vormundschaftlichen Akten teilzunehmen, abgesehen von einigen die eignen Kinder betreffenden Fällen.

Die Fähigkeit zu öffentlichen Ämtern wird als Hauptstrafe in allen Fällen, wo sich ein öffentlicher Beamter einer strafbaren Handlung bei Ausübung seines Amtes schuldig macht, aberkannt, sofern nicht das Gesetz eine noch höhere Strafe vorschreibt.

Ihr Verlust ist ferner gesetzliche Folge jeder Verurteilung zu zeitiger Zwangsarbeit, sowie in einigen speziellen Fällen der Verurteilung zu Gefängnis und Relegation.

Die als Haupt- und Nebenstrafe zulässige Suspension von der Ausübung öffentlicher Ämter besteht in dem Ausschluß von allen öffentlichen Ämtern für eine im Urteile bestimmte Zeit, welche event. mit der Verbüßung einer prinzipiell erkannten Freiheitsstrafe beginnt.

Besonders als Nebenstrafe kommt die Untersagung der Ausübung bestimmter Berufe und Bedienstungen vor. Dieselbe kann lebenslänglich oder auf Zeit (3 Monate bis 3 Jahre) erkannt werden und zwar, wenn ein Delikt bei Ausübung des Berufs begangen ist. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über den Verlust des Wahlrechts sind noch erweitert durch Gef. vom 22. Januar 1882 §§ 86, 87, 98. Nach diesem Gesetz tritt Suspension des aktiven und passiven Wahlrechts sowie der Fähigkeit zu allen öffentlichen Ämtern ein, wenn wegen Wahldelikten auf Gefängnis erkannt wird, und zwar für 5—10 Jahre, sofern der Kandidat, auf 1—5 Jahre, sofern ein anderer verurteilt wird.

Als privatrechtliche Folge von Verurteilungen zu Zwangsarbeit und Gefängnis (reclusione) schreibt das Strafgesetzbuch Verfügungsunfähigkeit über das eigne Vermögen vor. Letzteres wird einem Kurator zum Zweck der Verwaltung übergeben; es ist dem Delinquenten nach Ablauf der Strafzeit unter Rechnungslegung wieder herauszugeben. (Str. Ges. B. Art. 20, 22).

Als beschämende Strafe ist die Urteilspublication bei allen Verurtheilungen zum Tode und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit sowie bei Verurtheilung wegen einiger bestimmt bezeichneter Delikte vorgeschrieben (Str. Ges. B. Art. 23).

Die Gebiete des englischen Rechts machen von Ehrenstrafen einen bedeutend geringeren Gebrauch. In England sind dieselben nur als Nebenstrafen und auch nur als zeitige rezipiert. Sedes materiae ist die Akte 33 u. 34 Vict. c. 23. Dort ist verordnet, daß die Verurtheilung zum Tode, zur Strafnichtigkeit, zu Gefängnis mit schwerer Arbeit oder zu einfachem Gefängnis auf mehr als 12 Monate, falls solche Verurtheilung wegen „treason“ oder „felony“ erfolgt, den Verlust aller öffentlichen Ämter, Stellungen, militärischen und sonstigen Grade, kirchlichen Benefizien, staatlichen Pensionen, Universitäts-Emolumente und öffentlichen Einkünfte zur Folge hat. Bis zur Verbüßung seiner Hauptstrafe ist der Verurtheilte auch unfähig zur Erlangung vorgedachter Stellungen und Einkünfte, es sei denn, daß er auf dem Wege königlicher Gnade vor deren Verlust bewahrt oder ihm die Fähigkeit zu ihrer Neuerlangung auch vor Verbüßung seiner Strafe zuerkannt wird.

Das Vermögen des Verurtheilten wird einem behördlich zu bestellenden Verwalter ausgehändigt, der dasselbe bis zum Ablauf der Strafzeit dem Tode oder der Begnadigung des Delinquenten zu verwalten hat.

Eine weitergehende Rechtsminderung findet auf Grund der Akte 46 und 47 Vict. c. 51 statt. Wegen bestimmter Wahlbelikte verliert jede für schuldig erklärte Person ihr Wahlrecht und die Fähigkeit, Unterhausmitglied zu sein, und zwar bei schwereren (corrupt practices) auf 7 Jahre, bei leichteren (illegal practices) auf 5 Jahre.

Das Strafgesetzbuch des Staates New-York vom 26. Juli 1881 (Kap. 676 der Gesetze von 1881) verordnet im § 707, daß die Verurtheilung zur Einsperrung in einem Staatsgefängnisse auf eine geringere Dauer als Lebenszeit den Verlust aller öffentlicher Ämter und während der Dauer der verhängten Strafe die Unterfügung der Ausübung aller bürgerlichen Rechte und aller privaten Verwaltungen, Ermächtigungen oder Gewalten, welche die verurtheilte Person besitzt, zur Folge hat. Wer zu lebenslänglicher Einsperrung verurtheilt ist, gilt als bürgerlich tot (Art. 708).

In Pennsylvania sind nur mit der Verurtheilung wegen wissent-

lichen Meineids Ehrenfolgen verbunden. Der Verurteilte verliert das öffentliche Wahlrecht im Staate und darf keine öffentliche besoldete Stellung bekleiden.

In den andern Staaten, in welchen eine Freiheitsstrafe die Ausübung der politischen Rechte beschränkt, kann die letztgedachte Rechtsminderung im Wege der Gnade beseitigt werden, und dies geschieht oft schon vor der Freilassung des Häftlings.

Die öffentliche Meinung in Fach- und Laienkreisen Amerikas ist den Ehrenstrafen abhold<sup>9)</sup>.

Ähnliche Zweifel an der Berechtigung krimineller Rechtsminderungen scheinen übrigens auch in England zu bestehen. Der hervorragendste englische Kriminalist Stephen wünscht sie ganz beseitigt zu sehen<sup>10)</sup>.

Das japanische Strafrecht (Str. G. B. von 1882, Artikel 10, 31—36) kennt Rechtsminderungen nur als Nebenstrafen, und zwar 3 Arten derselben:

1. die Aberkennung der bürgerlichen Rechte;
2. die Suspension der bürgerlichen Rechte;
3. die Aberkennung der privatrechtlichen Verfügungsfähigkeit.

Jede Verurteilung zu einer Kriminalstrafe hat die vorstehend unter 1 genannte Ehrenstrafe für Lebenszeit, den unter 3 genannten Rechtsnachteil für die Dauer der Hauptstrafe zur Folge.

Die Aberkennung der bürgerlichen Rechte bewirkt:

1. den Verlust aller den japanischen Unterthanen vorbehaltenen Rechte;
2. den Verlust und Ausschluß von allen öffentlichen Ämtern und Bedienstungen;
3. den Verlust jeder Pension, jedes nationalen Ehrenzeichens, jedes Adelsprädikats und Ehrentitels;
4. das Verbot, in Japan in- und ausländische Ehrenzeichen zu tragen;
5. die Unfähigkeit, im Heer und in der Marine zu dienen;
6. die Unfähigkeit, eidlich als Zeuge vernommen zu werden;

<sup>9)</sup> Vgl. bezüglich der letzten Abiäge Actes du Congrès pénitentiaire international S. 73 f. Rede des Herrn Milligan, Präsidenten der Allgemeinen Gefängnis-Gesellschaft der Vereinigten Staaten.

<sup>10)</sup> Stephen „A History of the Criminal Law of England.“ London 1882 Bd. 1, S. 489: „It seems to me, that the whole Act, except the section which abolishes forfeiture, should be repealed.“

7. die Unfähigkeit, als Vormund oder Kurator zu fungieren, sofern es sich nicht um Descendenten handelt und die Familie damit einverstanden ist;
8. die Unfähigkeit, Syndikus oder Verwalter einer Konkursmasse, einer Gesellschaft, Korporation oder sonstiger Gesamtheiten zu sein;
9. die Unfähigkeit, Leiter, Aufseher oder Lehrer an Unterrichtsanstalten zu sein.

Die Suspension der vorstehend genannten bürgerlichen Rechte findet bei der Strafe der Korrekthonshaft während der Dauer der letzten und, falls auf Polizeiaufsicht erkannt ist, auch während deren Dauer statt.

Will man nun den Wert bürgerlicher Rechtsminderungen infolge krimineller Strafen de lege ferenda und mit besonderer Rücksicht auf deutsche Verhältnisse prüfen, so wird man nicht umhin können, vorher eine Einigung darüber herbeizuführen, welche Anforderungen man an eine Strafe überhaupt stellt, d. h. sich auf das viel umstrittene Gebiet der Strafrechtstheorien zu begeben. Es kann hier natürlich der Ort nicht sein, eine eingehende Erörterung des Grundes und Zwecks der Strafe zu geben, sondern es können nur wenige an dieser Stelle unbewiesene Thesen zur Grundlage der folgenden Ausführungen genommen werden.

Daß die Strafe nicht nur mehr, sondern auch etwas anderes ist als die dialektische Verwirklichung des Rechtsbegriffes<sup>11)</sup>, dürfte nur noch von wenigen bestritten werden. Eher könnte man sie eine praktische Notwendigkeit im Rechtsstaate nennen. Die Kantische Lehre von der Vergeltung als eines kategorischen Imperativs<sup>12)</sup> ist im wesentlichen zutreffend. Dadurch, daß dieser eine Forderung der praktischen Vernunft ist, unterscheidet sich die strafrechtliche Vergeltung als ethisches Prinzip von der Rache als unsittlichem Prinzip. Das Gefühl der Befriedigung, welches wir in Folge der durch die Strafe herbeigeführten „Vergeltung“ empfinden, ist nichts weiter als ein befriedigtes Rachegefühl, nur daß die Rache dadurch zu ethischer Höhe erhoben wird, daß nicht eine persönliche oder gar materielle

<sup>11)</sup> Vgl. Hegel „Grundlinien der Philosophie des Rechts.“ 2. Aufl. Berlin 1840 § 97 ff.

<sup>12)</sup> Vgl. Kants „Sämtliche Werke“ ed. v. Hartenstein. Leipzig 1886, Bd. 7. S. 149.

Schädigung, sondern die Verletzung eines sittlichen Grundgesetzes gerächt werden soll. Denn der Staat ist eine sittliche Gemeinschaft; seine Gebote verfolgen den Staats-, mithin einen sittlichen Zweck. Auf der andern Seite sind nicht alle sittlichen Zwecke Staatszwecke und nicht alle staatlichen Zwecke durch Strafandrohungen geschützt; vielmehr bilden letztere das äußerste Mittel zur Durchsetzung des staatlichen Willens, wo die andern versagen.

Vorstehende Erörterungen führen zu dem Liszt'schen Satz, die Strafe sei „Rechtsgüterschutz durch Rechtsgüterverletzung“<sup>13)</sup>. Diese Theorie harmoniert übrigens auf das glücklichste mit den effektiven Theorien der Kant-Hegelschen Nachfolger. Denn wodurch wird der Rechtsgüterschutz bewirkt? Durch die Strafandrohung, welche Personen, deren Sittlichkeit hierzu nicht stark genug ist, ein wirksames Motiv gegen den „penchant au crime“<sup>14)</sup>, gewähren, d. h. als Abschreckungsmittel wirken soll (General-Präventionstheorie); durch die Strafe selbst, welche den Delinquenten abschrecken (Spezial-Präventionstheorie) und zugleich ihn bessern, mithin gegen fernere Verletzungen festigen, schlimmstenfalls ihn unschädlich machen soll.

Ist also die Staatsnotwendigkeit und die beste Art des Rechtsgüterschutzes der einzige Maßstab für die Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit einer Strafe, so müssen wir diesen Maßstab auch an die von uns behandelte „interdiction des droits politiques ou civils“ legen.

Die weitere Untersuchung wird sich auf folgende Punkte zu erstrecken haben:

1. Sind politische und bürgerliche Rechtsminderungen überhaupt durch den Strafzweck geboten, und eventuell welche?
2. Sollen diese Rechtsminderungen nur als Nebenstrafe verhängt werden oder bilden sie auch eine brauchbare Hauptstrafe?
3. Sollen sie für die Dauer des Lebens oder für eine bestimmte Zeit verhängt werden, event. wovon ist die Rehabilitation des Verbrechens abhängig zu machen?

Die kriminelle Abertennung bürgerlicher und politischer Rechte ist nicht deshalb für erforderlich zu erachten, weil es notwendig ist,

<sup>13)</sup> Vgl. v. Liszt „Lehrbuch des Strafrechts.“ 2. Aufl. 1884, S. 23 f.; v. Liszt „Der Zweckgedanke im Strafrecht“ in dieser Zeitschrift, Bd. 3 S. 1 ff., insbes. S. 34.

<sup>14)</sup> Vgl. Duetelet „Sur l'homme.“ Brüssel 1836, Bd. 2 S. 171 ff.

gewisse Vertrauensstellungen (Ämter und dgl. mehr) vor unlauteren Elementen zu bewahren. Letzteres kann auch auf andern Wege geschehen; die Beamten Gesetze können bestrafte Personen ausschließen, die Gewerbe Gesetze sie von bestimmten Berufen fern halten; bei Verleihung eines Ordens kann Unbescholtenheit als Bedingung für die Berechtigung zum Tragen stipuliert werden, kurz, alle in einem Strafgesetzbuche angedrohten Rechtsminderungen können auch auf andern Wege bewirkt werden, ohne daß sie den Charakter der Strafe haben. Es ist daher durchaus nicht ohne weiteres anzunehmen, daß in Rechtsgebieten, in welchen Ehrenstrafen nicht bestehen, bestraften Verbrechern alle Ehrenstellen offen stehen.

Die Frage nach der Berechtigung von Ehrenstrafen ist im wesentlichen eine psychologische und zwar in einem doppelten Sinne, einmal bezüglich ihrer Wirkung auf den Verbrecher selbst, sodann in ihrer Wirkung auf das allgemeine Rechtsbewußtsein. Das letztere ist von entscheidendster Bedeutung, und deshalb kann auch keine allgemeine, sondern nur eine nach Zeit und Nation gültige Antwort auf die obigen Fragen gegeben werden.

Daß das öffentliche Rechtsbewußtsein in Deutschland gegenwärtig den Ehrenstrafen nicht abhold ist, darf wohl mit Recht behauptet werden.<sup>15)</sup> Aus diesem Gesichtspunkt werden ehrlosen Verbrechern alle öffentlichen Ehren und Auszeichnungen, welche sie besitzen, und die Möglichkeit der Erlangung öffentlicher Ämter und Ehrenstellen sowie des Dienstes in der Armee teils zeitweilig, teils für Lebensdauer entzogen. Die Ausdehnung der Rechtsminderung ist für das öffentliche Rechtsbewußtsein nicht von Bedeutung, wenn es nur darüber beruhigt ist, daß schweren Verbrechern öffentliche Ehren und Vertrauensstellen im großen und ganzen nicht zugänglich sind.

Ganz anders stellen sich jedoch die Anforderungen, welche an die behandelten Strafen zu stellen sind, wenn man ihren Einfluß auf den einzelnen Delinquenten betrachtet. Eine Strafe soll als Übel empfunden werden, sie soll bessern und abschrecken. Daß die Ehrenstrafen des deutschen Strafgesetzbuchs diesen Anforderungen genügen, wird mit Recht nicht behauptet werden können. Dieselben

<sup>15)</sup> Bei Beratung des Str. Ges. B. im Nordd. Bundestage wurde allerdings ein Antrag auf Beseitigung der Ehrenstrafen gestellt. (Antrag v. Kirchmann u. Gen., No. 27 der Druckf. v. 1870).

treffen nach Absicht und Bestimmung des Gesetzes im wesentlichen nur Personen, deren Delikt das Vorhandensein einer ehrlosen Gesinnung deutlich erwiesen hat. Von solchen Personen wird aber die Aberkennung bürgerlicher Ehrenrechte in seltenen Ausnahmefällen als Übel, häufig als Wohlthat empfunden, da sie zugleich von ernstesten Pflichten z. B. dem Militärdienst, der Führung von Vormundschaften entbindet. Dieser Nachteil ist auch auf andre Art nicht auszugleichen; eine höhere Steuerforderung als Äquivalent würde nicht beizutreiben sein, und die Bildung von militärischen Strafkompagnieen, in welchen Bestrafte ihrer Dienstpflicht zu genügen hätten, widerspricht deutschen Anschauungen und Traditionen, deren Bewahrung in unserm eigensten Interesse liegt, zu sehr, als daß dieser Ausweg empfohlen werden könnte.

Es folgt daraus, daß gegenüber wirklich Ehrlosen Aberkennung bürgerlicher Rechte als Kriminalstrafe ohne Wert und Einfluß ist, daß sie in solchen Fällen nur als Forderung des öffentlichen Rechtsbewußtseins und eventuell wegen ihres polizeilichen Charakters beizubehalten ist. Ganz anders aber ist ihre Wirkung auf solche Personen, welche das Ehrgefühl noch nicht verloren haben, und welchen die Pflichterfüllung gegen das Gemeinwesen noch nicht zur Last geworden, sondern moralisches Bedürfnis geblieben. In Fällen, wo ein Delikt bei Ausübung eines Amtes, eines Gewerbes oder eines Berufes begangen, kann der Verlust des Amtes oder die Aberkennung der Fähigkeit, fernerhin ein öffentliches Amt oder bestimmte Gewerbe auszuüben, alle diejenigen Requisite in sich vereinigen, welche von einer guten Strafe gefordert werden können. Das deutsche Strafgesetzbuch läßt hier aber im Stich. Denn es würde in Fällen wie die oben geschilderten nicht gerechtfertigt erscheinen, sämtliche bürgerlichen Ehrenrechte abzusprechen, vielmehr dem Richter gestattet werden müssen, auf den Verlust einzelner unter Belassung der übrigen zu erkennen. Dies ist nach deutschem Recht bekanntlich nur in vereinzeltten Spezialfällen zulässig (vgl. deren Aufzählung oben S. 447). Die Vermehrung dieser Fälle sowohl als die allgemeine Bestimmung, daß der Richter befugt ist, die in § 34 Str. Ges. B. erwähnten Rechte insgesamt oder einzeln abzuerkennen, dürfte als Verbesserung des bestehenden Rechts zu erachten sein. Was zunächst die Vermehrung der Ehrenstrafen anbetrifft, so erscheint es wünschenswert, nach Analogie vieler ausländischer Rechte dem § 37 eine Ziffer 7 hinzuzufügen des Inhalts, daß dem der



Ehrenrechte Beraubten die väterliche Gewalt über die eignen Kinder entzogen wird. Eine solche Bestimmung würde in vielen Fällen eine empfindliche Strafe darstellen, welche abschreckend und bessernd wirkt, und zugleich wäre sie von den günstigsten sozialen Wirkungen, indem auf diesem Wege Kinder dem demoralisierenden Einfluß verbrecherischer Eltern entzogen würden.<sup>16)</sup>

Ferner dürfte die Unterjagung der Ausübung gewisser Verufe in Fällen, wo bei Ausübung derselben delinquent ist, eine durchaus angemessene Strafe sein. Dieselbe könnte sogar häufig an die Stelle von Freiheitsstrafen treten. Es ist hier der Raum nicht, jeden einzelnen Fall durchzusprechen, in welchem ein solches Verbot am Platze wäre. In vielen Fällen werden sich Schwierigkeiten ergeben, weil es zweifelhaft ist, welche Thätigkeiten in den Wirkungskreis eines bestimmten Berufs fallen und somit dem Verurteilten zu unterjagen sind. Es ist aber leicht, Beispiele anzuführen.<sup>17)</sup> Das naheliegendste ist das des Arztes, der sich einer fahrlässigen Tötung, Körperverletzung, eines Sittlichkeitsdelikts (z. B. nach § 174 Zf. 3 Str. Ges. B.) bei Ausübung seines Berufs schuldig gemacht hat. Aber auch einem Kutscher, der fahrlässig Menschen überfahren hat, sollte das Recht zur Führung von Wagen auf öffentlicher Straße entzogen werden. Solche Beispiele ließen sich leicht vermehren.

Schon als Konsequenz vorstehender Erörterungen ergibt sich die Forderung, dem richterlichen Ermessen zu überlassen, ob die Ehrenrechte insgesamt oder nur einige derselben abzusprechen seien. Die Bestimmung des § 31 Str. Ges. B. ist hiermit nicht unvereinbar. Dagegen müßte § 32 den Zusatz erhalten, daß einzelne der im § 34 genannten Rechte stets dann aberkannt werden dürfen, wenn ein Delikt unter Mißbrauch derselben begangen ist, gleichviel wie hoch die Hauptstrafe bemessen ist. Die Unterjagung der Ausübung bestimmter Verufe müßte in dem speziellen Teil des Strafgesetzbuchs bei gewissen Delikten (besonders denjenigen gegen Leib

<sup>16)</sup> Wenn auch nach partikularem Zivilrecht dergl. Bestimmungen bestehen, so wirken sie eben nicht als Strafe, sind nicht einheitlich geregelt und häufig nicht genügend; letzteres ist auch von den Vorschriften des Pr. Alg. L. R. §§ 255 ff. Zb. II. Tit. 2 zu behaupten, welche noch aus einer Zeit stammen, wo viel härter gestraft wurde als jetzt.

<sup>17)</sup> Solche bestehen übrigens bereits nach deutschem Recht (vgl. oben S. 447).

und Leben) angedroht werden. In solchen Fällen könnte sie auch eine durchaus zweckentsprechende Hauptstrafe bilden, zweckentsprechender als mitunter eine Freiheitsstrafe. Und auch sonst liegt kein Grund vor, kriminelle Rechtsminderungen nur als Nebenstrafen zuzulassen. Die Entziehung der väterlichen Gewalt, die Unfähigkeit zur Übernahme und Verwaltung von Vormundschaften würde im Falle des § 361 Ziff. 9 Str. Ges. B. von ungleich besserer Wirkung sein als eine geringfügige Haftstrafe. Dergleichen Rechtsminderungen sollten die typische Strafe für Mißbrauch von Rechten oder Nichterfüllung der ihnen korrespondierenden Pflichten bilden. Denn sie entsprechen der Idee der Vergeltung, werden stark empfunden, sind geeignet, abzuschrecken und zu bessern, hindern den Verurteilten am wenigsten in seinem sonstigen Fortkommen und belasten ihn nicht mit dem Odium, welches jede Freiheitsstrafe nach sich zieht und welches schwer zu beseitigen ist.

Was endlich die Dauer krimineller Rechtsminderungen anbelangt, so mag sie verschieden je nach der Schwere der Delikte bemessen werden. Diese Frage ist theoretisch nicht zu lösen, sondern von dem Gesetzgeber nach den herrschenden Anschauungen und billigem Ermessen zu entscheiden. Dahingegen kann theoretisch gefordert werden, daß, sofern nicht eine Hauptstrafe lebenslänglich ist, auch Ehrenrechte nicht auf die Dauer des ganzen Lebens aberkannt werden. Denn es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß jedes Delikt durch seine Strafe und tadelfreien Lebenswandel gebüßt werden kann, und daß anderseits der Mangel bürgerlicher Rechte dem Bestraften einen Makel vor sich und seinen Nebenmenschen ausdrückt, der seiner Rehabilitation und auch seinem wirtschaftlichen Fortkommen im höchsten Grade hinderlich ist. Die lebenslängliche Freiheitsstrafe findet ihre Rechtfertigung durch den Zweck, einen Feind der menschlichen Gesellschaft unschädlich zu machen; gleichen Zwecken vermag eine lebenslängliche Aberkennung bürgerlicher Rechte nicht zu dienen.

Schon bei der Beratung des deutschen Strafgesetzbuchs im Norddeutschen Bundestage wurden vorstehende Bedenken angeregt und führten zu einem Antrage, Ehrenstrafen nur als zeitige in das Gesetz aufzunehmen. Die Ausnahme des § 31 Str. Ges. B. ist im wesentlichen nur Gesetz geworden, weil Graf Moltke sie unter Hinweis darauf verteidigte, daß es nach den gegenwärtig im Heere bestehenden Ehrbegriffen unmöglich sei, Zuchthäusler in dasselbe

aufzunehmen; ein solches Experiment würde bedrohliche Gefahren für den Geist der Armee in sich tragen. Mit Rücksicht darauf entschloß man sich, an die Zuchthausstrafe die dauernde Unfähigkeit zum Dienst in Heer und Marine zu knüpfen, glaubte dann aber auch die Zivilverwaltung nicht schlechter stellen zu dürfen und die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter hinzufügen zu müssen.<sup>18)</sup>

Es kann keinem Bedenken unterliegen, daß die Erwägungen des Grafen Moltke — deren Richtigkeit ja nicht zu bezweifeln ist — für die gesetzgebenden Faktoren bestimmend sein mußten. Das vielgestaltige Leben erfordert KonzeSSIONen von der Theorie. Nichtsdestoweniger ist letztere im Recht, wenn sie lebenslängliche Ehrenstrafen verwirft, um so mehr, als die Gründe für ihre Beibehaltung in Deutschland nicht kriminalpolitische, sondern militärische waren. Es wäre daher wünschenswert, die Bestimmung des § 31 Str. Ges. B., soweit sie sich auf den Militärdienst bezieht, aus dem Strafgesetzbuch hinaus in die die Dienstpflicht regelnden Gesetze zu verlegen. Dann wäre den militärischen Anforderungen ohne die Notwendigkeit einer kriminalpolitischen KonzeSSION genügt. Die dauernde Unfähigkeit zu öffentlichen Ämtern könnte ohne Schaden preisgegeben und in den angezeigten Fällen auf eine zeitige erkannt werden.

Schon aus den vorstehenden Erörterungen ergibt sich, daß nach der hier vertretenen Anschauung die Rehabilitation des Verurteilten lediglich Folge eines gewissen Fristablaufs sein und nicht von einem behördlichen Dekret abhängig gemacht werden soll. Allein in einem Punkte erscheint das gegenwärtige Recht auch in dieser Frage reformbedürftig. Der Lauf der Interdiktionsfrist sollte durch jede weitere Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens unterbrochen werden und nach Verbüßung der dieserhalb erkannten Strafe, sofern nicht wiederum bürgerliche Rechte aberkannt werden, von neuem beginnen. Es würde dem Gerechtigkeitsgefühl ebensosehr wie dem Schutzzweck entsprechen, die völlige bürgerliche Rehabilitation nur auf Grund eines wirklich unbescholtenen Lebens zu gestatten.

Wird das Recht zur Ausübung von Berufen entzogen, so könnte deren Wiedergestattung wie im ungarischen Recht (vgl.

<sup>18)</sup> Vgl. Sten. Bericht Leg.-Ber. 1870, S. 205—213.

oben S. 450) von einer Prüfung oder einem ähnlichen Nachweise abhängig gemacht werden.

Für beschämende Strafen ist im modernen Recht kein Platz mehr; dieselben sind im allgemeinen von dem öffentlichen Rechtsbewußtsein längst verurteilt, vereinzelte Überbleibsel wie die Urteilspublication des Nahrungsmittelgesetzes mögen im speziellen Falle politisch gerechtfertigt sein und beibehalten werden. Kriminelle Beschränkung der zivilen Handlungsfähigkeit ist weder notwendig, noch auch nur wünschenswert.

Ich resümiere die vorstehenden Ausführungen dahin:

1. Die Beibehaltung der im deutschen Recht bestehenden Ehrenstrafen ist geboten.
2. Die Zahl derselben ist zu erweitern dahin, daß auch die väterliche Gewalt sowie das Recht der Ausübung gewisser Berufe aberkannt werden darf.
3. Dem Richter ist zu gestatten, einzelne Ehrenrechte auch dann abzusprechen, wenn die Hauptstrafe drei Monate Gefängnis nicht erreicht.
4. Die Aberkennung von Ehrenrechten darf nur eine zeitige sein; der Lauf der Frist soll aber durch jede neue kriminelle Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens unterbrochen werden.
5. Rechtsminderungen dürfen in gewissen Fällen nicht nur als Nebenstrafen, sondern auch als Hauptstrafen verhängt werden.